Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 16.01.2020 (wird nachgereicht)

(siehe TOP 2)

zur Abstimmung in die Sitzung am 07.05.2020 zurückverwiesen

**Zu TOP 4 Entwurf Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 017/2020**

Herr Perlick erläutert den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 und stellt dar, dass in dieser Planung weiterhin mit einem ausgeglichenen Haushalt gerechnet wird.

Die Abstimmung der Haushaltsplanung mit den Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises erfolgte am 05.03.2020. Dort wurde unter anderem die Steigerung der Personalaufwendungen diskutiert.

Erhebliche Abweichungen in der Planung zum Vorjahr treten bei

- Personalaufwendungen,
- Aufwendungen und Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit,
- SoBEZ = Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (zum Ausgleich der besonderen Belastungen im Bereich Grundsicherung) und
- der Kreisumlage auf.

Zu dem Punkt Kreisumlage diskutierten die Abgeordneten über die Senkung dieser. Die Abgeordneten des Ausschusses sprechen eine Empfehlung an den Kreistag aus, den Hebesatz für die Kreisumlage auf 37 % zu senken.

Bezugnehmend auf die Investitionsmaßnahmen wird erklärt, dass die Prioritätenliste 2020-2023 bereit am 04.12.2020 durch den Kreistag beschlossen wurde. Die höchsten Aus- und Einzahlungen finden in den Bereichen der Kassenmittel, der touristischen Radwege, Richtlinie zur Unterstützung der Kommunen und dem Breitbandausbau statt.

Frage Herr Schapke:

Gibt es einen Sachbezug bei der Vergabe der SoBEZ oder sind dies allgemeine Zuweisungen? Stellt die OBW-Finanzierung nur den Kapitaleigenanteil oder die Gesamtfinanzierung dar?

Antwort Herr Buhrke:

Die hier benannten SoBEZ gab es für die sozial größeren Probleme, die der Landkreis entsprechend hatte. Zurückzuführen ist dies auf die Vereinbarung zwischen Bund und den neuen Bundesländern. Diese Finanzausstattung wurde bis 2019 im Rahmen des Solidarpakt II ausgeschüttet. Ab 2020 gibt es neue Regelungen. Insgesamt gibt es keine Finanzverknappung lediglich eine Umschichtung des Bundes und betrifft alle neuen Bundesländer.

Die Gelder der Ostbrandenburgischen Bau & Wohnen GmbH (OBW) stammen aus dem Budget für ursprünglich geplante Baumaßnahme. Da dieser Bedarf nicht mehr besteht, wurde entschieden, diese Gelder in den Bau vom preisgünstigen Wohnraum (vorzugsweise im berlinnahen Raum) zu investieren. Es ist beabsichtigt, die OBW in kommunaler Partnerschaft mit der Gemeinde Schöneiche b. Berlin und bei Bedarf auch mit weiteren Gemeinden zu betreiben. In

diesem Fall ergibt sich dann eine Teilfinanzierung von Bauvorhaben. Zudem würde man Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau beantragen.

Frage Frau Kaethner:

Die Gelder der OBW waren ursprünglich für den Bau von Flüchtlingsunterkünften geplant. Gibt es bereits Vorstellungen zu Unterkunftsmöglichkeiten in Folge einer neuen Flüchtlingswelle? Wie erfolgt die Finanzierung von Bauleistungen die höher ausfallen als geplant (Bildung von Rückstellungen)?

Antwort Herr Buhrke:

Wohnungsbedarf herrscht insgesamt nicht nur in speziellen Bereichen, so dass die Verwaltung ein Projekt entwickelt hatte, um langfristig sozialen Wohnungsbau betreiben zu können. Hier wird eine Teilfinanzierung stattfinden, so dass einiges über Fördermittel abgedeckt werden kann. Ebenfalls wäre eine gemeinsame Finanzierung durch die Gemeinde Schöneiche b. Berlin und dem Landkreis Oder-Spree möglich.

Rückstellungen für Baukostenentwicklung gibt es nicht. Es gibt nur eine Kasse aus der alles finanziert wird. Der Kassenbestand ergibt die Liquidität des Landkreises. Rückstellungen werden nur dann gebildet, wenn man weiß, dass man aus bestimmten Sachverhalten in Haftung genommen werden kann (z. B. Klagesummen, Verfahrenskosten u.ä.) Eine allgemeine Bildung von Rückstellung für die Preisentwicklungen im Baubereich ist aus haushälterischen Gründen nicht möglich.

Es gibt keine weiteren Fragen. Herr Dieopld leitet die Vorstellung der Haushaltsplanung einzelner Bereiche ein.

Landwirtschaftsamt – Herr Piefel (Amtsleiter):

Im Landwirtschaftsamt werden ca. 1.350 Anträge bearbeitet. Im Jahr 2019 wurden 27,2 Mio. € EU-Gelder an die Landwirte ausgezahlt.

Abweichungen in der Planung zum Vorjahr treten bei den Betriebskontrollen und durch die Zahlungen der Stadt Frankfurt (Oder) an den Landkreis für übertragene Aufgaben auf. Alle anderen Posten bewegen sich in gleicher Größenordnung zum Vorjahr.

Siehe Anlage Präsentation

Frage Herr Engert:

Welcher Unterschied besteht zwischen Jagdgenossenschaften und gemeindlichen Jagdbezirken?

Antwort Herr Piefel:

Die Jagdgenossenschaften sind eine Zusammenfassungen der Körperschaft des öffentlichen Rechts -ein Zusammenschluss aller Eigentümer. Ein gemeinschaftlicher Jagdbezirk bildet die als Jagdgenossenschaft zusammenhängenden Grundflächen einer Gemeinde.

Frage Frau Kaethner:

Welche Ausgaben werden mit dem Eigenanteil LEADER finanziert?

Antwort Herr Piefel:

Das sind die Mitgliedsbeiträge an die LAGn Märkische Seen und Oderland. Der Landkreis hat dadurch das Recht auf die Mitbestimmung bei der Erteilung von Fördermitteln für geplante Projekte. Ebenfalls werden von den Eigenanteilen die Geschäftsführungen der LAG's finanziert.

Veterinäramt – Frau Senger:

Eine Steigerung in der Planung 2020 zum Vorjahr ist enthalten. Abweichungen in der Planung zum Vorjahr treten bei

- Personalaufwendungen,
- Bereich Amtsleitung,
- Veterinäraufsicht und
- Fleischbeschau auf.

Durch die Erhöhung des Personals könnten nun die Pflichtaufgaben nach Weisung des Gesetzgebers erfüllt werden.

Abschließend planbar sind die konkreten Kosten für die Aufgabenerfüllung zur Prävention und Bekämpfung der ASP nicht. Auf Grund der derzeitigen Situation der ASP, verzichtet das Veterinäramt bis zum 30.06.2020 auf die Erhebung der Trichinen- und Untersuchungsgebühren zur Entlastung der Jäger und führt die Prämierung der Direktvermarkter fort.

Siehe Anlage Präsentation

Frage:

Besteht die Gefahr, dass es in einigen Mastbetrieben zu Massentötungen kommt?

Antwort Frau Senger:

Das Veterinäramt sucht gemeinsam mit den Betriebsleitern nach Lösungen, um in Notfallsituationen für jeden einzelnen Betrieb eine passende Möglichkeit zur Entgegenwirkung zu finden.

Frage Frau Kaethner:

Frau Senger, beklagen Sie, dass es keine landeseinheitliche Regelung hinsichtlich präventiver Bejagungsregelung gibt?

Antwort Senger:

Solange man sich noch im präventiven Rahmen bewegt, muss die Motivation der Jäger aufrechterhalten werden. Seit dem Aufbau des Wildabwehrzauns (im Rahmen der ASP Prävention) gab es keine weiteren Handlungsanweisungen seitens des Landes. Diese Zeit bis zum möglichen ASP-Ausbruch könnte zur Bejagung nach dem Tierseuchenrecht genutzt werden. Diese Regelung müsste durch das Land Brandenburg erfolgen. Die jetzigen Gegebenheiten, haben gezeigt, dass die Jäger bereit sind an der Bejagung mitzuwirken und das hätte nach der Einschätzung des Veterinäramtes durch das Land unterstützt werden können.

Die bereits vergangene Zeit hätte man zur Vorbeugung des baldigen Frischlings- und generellen Populationszuwachs nutzen können.

Stabsstelle Ländliche Entwicklung – Herr Kühne (Koordinator)

Der Haushalt 2020 stellt die erste Haushaltsplanung der Stabsstelle für Ländliche Entwicklung dar. Durch die Bildung der Stabsstelle ergaben sich neue Aufgabengebiete und dementsprechend wurden neue Haushaltspositionen gebildet. Viele dieser Positionen sind im Bereich Personalkosten und auch Sachkosten durch Fördermittel untersetzt/teilfinanziert. Im Vordergrund des Tätigkeitsbereiches steht nicht nur die Erstellung von Konzepten sondern auch die Umsetzung von Modellvorhaben.

Die Ansätze der Haushaltsplanung 2020 wurden bereits im Kreistag am 04.12.2019 durch die Beschlussvorlage 081/2019 „Ergänzung der Arbeits- und Haushaltsplanung 2020 durch die AG Ländliche Entwicklung“ vorgestellt.

Siehe Anlage Präsentation

Frage Herr Diepold:

Die Position zum Mobilitätskonzept wird mit 80 % Förderung bezuschusst. Ist diese Förderquote an ein bestimmtes Resultat gebunden?

Antwort Herr Kühne:

Die 80 % Förderung ist die höchstmögliche Förderquote die man zur Aufstellung eines Mobilitätskonzeptes erhalten kann. Dort wird keine bestimmte inhaltliche Fokussierung festgelegt. Die Zielsetzung der Stabsstelle besteht in der möglichst umfangreichen, professionellen und effektiven Nutzung der zur Verfügung stehenden Fördermittel.

SG Kreisentwicklung – Herr Thoma (Sachgebietsleiter):

Erhebliche Abweichungen in der Planung zum Vorjahr treten nicht auf.

Im Bereich des Breitbandausbaus verschieben sich die Zahlungen um ein Jahr. In 2020 werden lediglich Mittel für technische und juristische Begleitung benötigt. Derzeit ist die Eigentümerermittlung abgeschlossen und dabei wurden über 8.000 ausbaufähige Adressen festgestellt. Weiter folgt die Phase der Eigentümerakquise. In dieser werden den Eigentümern Anträge übersandt. Exemplarisch wird dafür voraussichtlich in Fürstenwalde/ Spree begonnen.

Siehe Anlage Präsentation

Amt für Infrastruktur & Gebäudemanagement – Herr Fuls (Amtsleiter)

In 2020 gibt es einige große Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen der Kreisstraßen, Radwege und Schulen. Diese wurden bereits in der BV 054/20109/1 „Prioritätenliste“ im Kreistag vom 04.12.2019 vorgestellt.

Siehe Anlage Präsentation

Mehrheitlich zugestimmt

**Zu TOP 5 Vorstellung des Sachgebietes für Kreisentwicklung und Investitionsförderung mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsförderung
Herr Jörg Thoma - Sachgebietsleiter**

Herr Diepold übergibt das Wort an Herrn Thoma zur Vorstellung des Sachgebietes für Kreisentwicklung und Investitionsförderung.

Siehe Anlage Präsentation

Frage Herr Schapke:

Gibt es eine Statistik zu Existenzgründerberatungen?

Antwort Herr Thoma:

An einem Beratungstag kommen ca. 4-5 Interessenten. Eine genauere Statistik kann auf Anfrage nachgereicht werden.

Anmerkung Herr Schapke:

Man hat oft das Gefühl, dass Doppelstrukturen existieren (z. B. Bereich Existenzgründungs - Beratungen erfolgen durch den Landkreis, einige Stadtverwaltungen und die ILB). Man sollte eine klare Aufgabensplittung als Orientierungserleichterung für interessierte Bürger vornehmen.

Frage Frau Alter:

Wie kann man dem Aussterben vieler kleiner Geschäfte/ Kleinunternehmen entgegenwirken? Was bedeutet dies für die Geschäfte in den Städten, wenn die Grünflächen mehr angesprochen werden?

Antwort Herr Diepold:

Dieses Phänomen ist bereits seit längerer Zeit bekannt. Das ist jedoch ein strukturelles Problem, so dass bereits seit der Wende kontinuierlich der ganze Mittelstand wegbricht. Durch Beschlüsse kann man diesem Sachverhalt nicht entgegenwirken, da diese Thematik zu groß ist und andere Bereiche (z. B. die Landwirtschaft etc.) betritt.

Antwort Herr Thoma:

Diesem Phänomen hat man bereits gegengesteuert in dem die Mittelzentren gefördert wurden. Hierzu haben die Städte verschiedene Instrumente entwickelt und angewendet, beispielsweise Einzelhandels- und Zentrenkonzepte aufgestellt. Dadurch wurde versucht, städtebaulich gegenzusteuern und die Einkaufszentren außerhalb der Handelsbereiche einzudämmen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 6 Vorstellung der Ostbrandenburgischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (OWF) mbH Herr Peter Müller - Geschäftsführer

Herr Müller unterbreitet den Abgeordneten das Angebot in einem der nächsten Ausschüsse speziell die letzten sieben Jahre LEADER auszuwerten. Die Präsentation vom 05.03.2020 wird dem Protokoll beigelegt.

Die Abgeordneten stimmen der Verfahrensweise zu.

Herr Müller stellt die Ostbrandenburgische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH vor.

Siehe Anlage Präsentation

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 7 Information zum Stand Ansiedlung TESLA

Das Wort wird an Herrn Gehm übergeben.

Am 18.03.2020 findet der öffentliche Erörterungstermin in der Stadthalle Erkner zum Immissionsschutz statt. Aktiv teilnahmeberechtigt sind nur diejenigen, die eine Einwendung eingereicht

haben. Weitere Anträge auf vorzeitigen Maßnahmebeginn werden sukzessiv mit dem Baufortschritt eingereicht.

Es gibt einen Fortschritt bei den Forderungen der kreisangehörigen Kommunen an das Land Brandenburg. Neue Erkenntnisse und Information können jedoch voraussichtlich erst im nächsten Ausschuss vorgestellt werden.

Frage Herr Schapke:

Welche Spatenstiche sind vor Erteilung der Baugenehmigung erlaubt? Wie weit kann es gehen?

Antwort Herr Gehm:

Auf einiges Risiko kann im Grunde genommen die Umsetzung stattfinden. Wenn eine Genehmigung nicht erfolgt, muss alles wieder zurückgebaut werden. Bis zur Erteilung der Genehmigung darf die Nutzung ebenfalls nicht erfolgen.

Der Spatenstich ist ein symbolischer Akt und bedarf keiner Genehmigung. Ein Datum zum Spatenstich wurde der Verwaltung nicht gemeldet.

Frage Herr Mangelsdorf:

Es gibt Diskussionen in der Bevölkerung, dass der Aushub vom Tiefbau nach Neuendorf (Beeskow) zur Füllung einer ehemaligen Kiesgrube gefahren werden soll. Ist hier etwas Bekannt?

Antwort Herr Gehm:

Der Verwaltung ist nichts bekannt. Der Oberboden müsste in einer gewissen Zeit entfernt und deponiert werden. Ein Ort an dem dies erfolgen wird ist unbekannt. Wieviel Boden auf der tatsächlichen Fläche selbst verwendet und dort zur Nivellierung des Geländes eingesetzt wird, ist ebenfalls noch nicht bekannt. Sollte etwas entsorgt werden, so muss man das Entsorgungskonzept beachten. Zu diesem Detailstand können derzeit keine weiteren Äußerungen erfolgen.

Frage Frau Kaethner:

Der Spatenstich auf eigenes Risiko. Darf man annehmen, dass dies über eine Teilgenehmigung abläuft oder eine Genehmigung nach dem BlmschG?

Antwort Herr Gehm:

Im Bauordnungsrecht (bei Baugenehmigung) nennt sich das Instrument Teilbaugenehmigung. Im immissionsschutzrechtlichen Verfahren gibt es den so genannten § 8a Zulassung vorzeitigen Beginns. Das ist ein eigener anfechtbarer Bescheid, aber noch nicht die abschließende Genehmigung.

Frage Frau Kaethner:

Ist eine Teilbaugenehmigung beantragt oder eine Genehmigung nach BlmschG.

Antwort Herr Gehm:

Es ist keine Teilbaugenehmigung erfragt, da es sich um ein Verfahren nach dem Immissionsschutzgesetz handelt. Insofern gibt es keine Baugenehmigung, sondern eine Immissionsschutzgenehmigung in der eine Baugenehmigung inkludiert ist.

Frage Herr Engert:

Wurde der vorzeitige Baubeginn von Tesla beantragt?

Gehm:

Ja, ein Antrag zur Fällung wurde genehmigt und gerichtlich geprüft.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 8 Sonstiges

Das Wort wird an Frau Teltewskaja übergeben.

Am 26.03.2020 findet die nächste UAG2-Sitzung zur Vorbereitung des Sonderkreistages Landwirtschaft statt. Und am 29.04.2020 findet die UAG1-Sitzung zur Vorbereitung einer Beschlussvorlage für den Juni Kreistag statt, da aus dem letzten Kreistagsbeschluss die grundsätzliche konzeptionelle Überlegung für eine Neuaufstellung der Mobilität im Landkreis hervorgegangen ist.

Frage Herr Heisel:

Inwieweit wurden die Fraktionen in die Vorbereitung des Sonderkreistages einbezogen?

Antwort Frau Teltewskaja:

Prinzipiell wurde die Grundeinstellung der Fraktionen angefragt und dazu gab es positives Feedback. Die Themenvorbereitung verlief in Absprache mit dem Kreisbauernverband, da es sich hier um die grundsätzliche Darlegung der Situation von landwirtschaftlichen Unternehmen handelt. Darauf aufbauend soll nach Möglichkeiten für Unterstützungsleistungen durch den Landkreis gesucht werden.

Frau Teltewskaja bietet allen Abgeordneten an diesen Sachverhalten in den Fraktionssitzungen zu erläutern.

Anmerkung Herr Diepold:

Diese Thematik wurde bereits im letzten Ausschuss durch Herrn Noppe vorgestellt.

Frage Herr Heisel:

Ist dies eine einseitige Darstellung oder können differenziert Anträge und Vorschläge eingebracht werden? Welche Form wird der Sonderkreistag haben?

Antwort Frau Teltewskaja:

Die Inhalte für den Sonderkreistag sollen versachlicht werden. Deswegen erfolgt die Vorbereitung durch die UAG2.

zur Kenntnis genommen

Maik Diepold

Vorsitzender des
Ausschusses für Ländliche
Entwicklung und
Kreisentwicklung

Gundula Teltewskaja

Beigeordnete für
Ländliche Entwicklung

Polina Poluektova

Schriefführerin